

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen
Nr. 122, 28.01.2011 – 09.02.2011

Rubriken

• **Burka-Krise in Frankfurt**

• **Ausbildung in Deutschland – Abwanderung aus Deutschland**

• **Migrantenquote**

• **Gesetzesentwurf zur Verhinderung von Zwangsheiraten**

• **Dänemark: Imam-Ehen – Kritik aus Deutschland**

• **Holland: Wahlen**

• **Bayern: Islamismus-Broschüre**

• **Einbürgerungszahlen in Deutschland**

Sabah, 02.02.11, S. 18

„Burka-Krise in Frankfurt“

„Eine Mitarbeiterin im Frankfurter Bürgeramt ist mit einer Burka bekleidet zur Arbeit erschienen. Der Frankfurter Arbeitgeber erklärte, dass das Tragen der Burka nicht gestattet ist. Die betroffene Frau hingegen will ihren Arbeitgeber auf Schmerzensgeld verklagen. Die aus Marokko stammende 39-jährige Frau begann kurz nach ihrer Heirat ein Kopftuch zu tragen. Nach der Geburt ihres vierten

Kindes und dem Wiedereinstieg in ihren Arbeitsplatz entschied sie sich für das Tragen einer Burka. Dieser Fall ist bisher in Deutschland einmalig. Bernd Messinger, Leiter des Personalbüros im Frankfurter Bürgeramt erklärt dazu: „Wir können ihr nicht gestatten in einer Burka zur Arbeit zu erscheinen. Wenn sie das nicht akzeptiert, dann muss sie ihren Arbeitsplatz hier aufgeben. Die Zahlung eines Schmerzensgeldes von unserer Seite aus ist völlig ausgeschlossen.“

(im türkischen Pressediskurs der Europaausgaben wird zwischen Burka und Niqab (peçe) unterschieden, obwohl die dazu abgebildeten Frauen Burkas tragen, Anm. M. K.).

Sabah, 02.02.11, S. 18

„Bußgeld für das Tragen des Niqab für unangemessen befunden“

„In Brüssel wurde gegen eine Angestellte in der Stadtverwaltung ein Bußgeld verhängt, weil sie mit dem Niqab bekleidet auf der Straße gesehen wurde. Das Bußgeld wurde durch das Brüsseler Gericht aufgehoben, da die Anklage wegen „des Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit“ und das damit verhängte Bußgeld als für „unverhältnismäßig“ befunden wurden.

Der Ministerpräsident der Region Brüssel-Hauptstadt Charles Picqué von der PS (Parti Socialiste) erklärte, dass seine Partei nicht gegen das verhängte Bußgeld ist. Der Niqab stört und gefährdet die öffentliche Sicherheit. Darüber hinaus schadet es dem Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft. Picqué betonte, dass das Verbot des Niqabs und der Burka, welches das belgische Parlament letztes Jahr verabschiedet hatte, dringend umgesetzt werden muss.“

(Im Mai 2010 verbot Belgien als erstes europäisches Land das Tragen von Ganzkörperschleiern, Anm. M. K.)

Zaman, 07.02.2011, S. 4

Offener Brief von Ismail Kul:

„Für die Dame in Burka“

„Dir widme ich heute meine Gedanken. Eines kannst Du mir gewisse glauben, dass ich nicht weiss, wie ich Dich anreden oder ansprechen soll. Du hast Dich bisher nicht gezeigt. Es gibt nur einige wenige Eckdaten, die ich über Dich kenne: Du bist 39 Jahre alt, Mutter von vier Kindern und Du bist marokkanischer Herkunft. Du bist Angestellte, bzw. warst Angestellte in der Frankfurter Gemeinde. Du musst während Deines Mutterschutzes nach der Geburt Deines vierten Kindes bestimmte Sachen gelesen oder kennen gelernt haben. Und hast Dich letztendlich dann für das Tragen der Burka entschieden. Oder Du bist dazu überredet worden.

Natürlich gestattet die Gemeinde das Tragen der Burka nicht. Der erste Anwalt, den Du engagiert hattest, forderte ein Schmerzensgeld von 40 000 Euro. Der zweite Anwalt ein Schmerzensgeld von 18 000 Euro. Der hessische Innenminister Boris Rhein hat durch einen Erlass das Tragen der Burka für die Angestellten in Hessens Ämtern verboten.

Ich schrieb bereits, dass ich nicht einmal weiß wie ich Dich anreden soll. Ich möchte nicht „Liebe Dame in Burka“ schreiben. Und eigentlich weiß ich auch nicht, was ich Dir über die Anrede hinaus sagen könnte? Soll ich Dich nun kritisieren oder für Dein Verhalten loben? Denn beides wäre möglich.

Im Vordergrund steht, dass Du bei der Stadt angestellt warst in Frankfurt. Das bedeutet, dass Du Deutsch sprichst. Und ich kann getrost davon ausgehen, dass Du Dir sicher darüber gewesen bist, welche Konsequenzen auf Dich mit dem Tragen der Burka zukommen würden. Warum hast Du Dich denn dann überhaupt so verhalten?

Lass uns einen Blick auf Deine Schmerzensgeld-Forderung werfen: glaubst Du allen Ernstes, dass das berechtigt gewesen ist? Denn im Islam zählt das Menschenrecht (*im Original: kul hakkı, Anm. M. K.*) vor allen anderen Rechten. Gott kann Dir vergeben. Er vergibt Sünden und Schuld, aber keinen Verstoß gegen das Menschenrecht. Du jedoch hast Dein Augenmerk auf das das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger fixiert. Glaubst Du nicht, dass Du dem Recht auf Arbeit aller muslimischer Frauen die darum kämpfen, geschadet hast? Insofern hast Du zumindest gegen ein seelisches, ein geistiges Menschenrecht verstoßen.

Und glaubst Du wirklich, dass Dein Verhalten mit dem Islam übereinstimmt? Du erwartest wohl kaum, dass wir Dir für Dein Verhalten applaudieren. Es stimmt sehr viel mehr traurig, dass unser Glauben, der eh schon mit dem Terrorismus gleich gesetzt wird, auch noch einen weitere negative Dynamik erfährt? Außerdem: so wie ich Dir gegenüber Deinen individuellen Entscheidungen Respekt erweise, solltest Du den Tausenden Frauen um Dich herum, die um ihr Arbeitsrecht kämpfen, die gebührende Achtung erweisen. Auch wenn Du dies nicht beabsichtigt haben solltest, so wird Dein Verhalten als pure Provokation verstanden. Deine Provokation hat vermutlich leider zur Folge, dass andere Frauen noch größere Schwierigkeiten bekommen werden, wenn sie um ihre Arbeit kämpfen.

Allein Gott weiß, was richtig ist und mir bleibt nichts anderes übrig als Dir seinen Segen zu wünschen.“

Ausbildung in Deutschland – Abwanderung aus Deutschland

Hürriyet, 09.02.2011, S. 13

„Das Potenzial wird nicht genutzt“

„Professor Dr. Hacı Halil Uslucan, Direktor des Zentrums für Türkeistudie erklärte während der Eröffnung der Gründung des Netzwerks BiZ (Bildung ist Zukunft) in Frankfurt, dass das Potenzial von Kindern aus Familien mit Migrationswurzeln weder erkannt noch genutzt wird.

„Das größte Problem ist, dass die Talente und das große Potenzial der türkischen Kinder verkannt bleiben. Darin liegt der Grund für das ungenutzte Potenzial dieser Kinder und Jugendlichen. Die Informationen über die dualen Ausbildungsmöglichkeiten erreichen die Adressaten mit Migrationswurzeln viel zu wenig. Obwohl 80% von ihnen sowohl türkische als auch deutsche Medien nutzen, werden die Eltern über türkische Medien am stärksten erreicht.“

Zaman, 29.01.2011, S. 4

„Schade, Deutschland, ich bin dann mal weg.“

„Die Auswanderung von türkischstämmigen Akademikern aus Deutschland in die Türkei kann entgegen aller Aufrufe nicht gestoppt werden. Obwohl die Bundeskanzlerin Angela Merkel und auch

Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, die Auswanderung von hochqualifizierten türkischen Akademikern aus Deutschland keinesfalls wünschen, geht die Abwanderung ungebremst weiter.

Die Berliner taz (tageszeitung) greift dieses Phänomen in ihrem Artikel vom 25.01.2011 auf. Der Artikel gibt einen Einblick in die Abwanderungsmotivation des Juristen und Anwalts Emin Çapraz wieder, der sich trotz seines beruflichen Erfolgs für die Auswanderung in die Türkei entschieden hat.

Dem Bundesamt für Statistik zufolge erfolgte im Jahr 2009 eine höhere Abwanderung in die Türkei als eine Einwanderung aus der Türkei nach Deutschland. Im Migrationsbericht der Bundesrepublik ist für das Jahr 2009 festgestellt worden, dass zwar aus der Türkei 30 000 Personen einwanderten, jedoch über 40 000 Personen wiederum ausgewandert sind.

Der in Köln geborene türkischstämmige Anwalt Emin Çapraz erläutert im Interview mit der taz seine Motivation, Deutschland zu verlassen. Obwohl Çapraz Köln als seine Heimat ansieht und sich selbst auch als Kölner versteht, fühlt er sich in Deutschland nicht gewollt. Die tageszeitung zitiert den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der sich im Zusammenhang mit den Integrationsdebatten scharf geäußert hatte.

„Wenn es nach Horst Seehofer ginge“, so die taz „dann würde jemand wie Emin Çapraz nicht in den Gerichtssälen in Deutschland arbeiten. Der 36-jährige Anwalt arbeitet in einer Kölner Anwaltskanzlei. Çapraz hat keinen deutschen Pass. Er hat sein Studium im Rheinland abgeschlossen und spricht natürlich fließend Deutsch. Eigentlich ist Emin Çapraz das Paradebeispiel einer gelungenen Integration. Da seine Eltern jedoch aus einem fremden Kulturkreis stammen, wozu der Vorsitzende der CSU Horst Seehofer den türkischen und den arabischen zählt, haben Menschen wie Çapraz und seine Eltern in Deutschland eigentlich keinen Platz. Insbesondere Türken und Araber, so Seehofer, hätten die größten Integrationsprobleme in Deutschland. Deshalb sei es besser, wenn sie in ihren eigenen Ländern blieben.“

Das Blatt erklärt, auf welche Schwierigkeiten Capraz bisher gestoßen ist:

„Çapraz ist es leid, immer nur als „der Türke“ angesehen zu werden und mit Vorurteilen zu kämpfen. Wegen seines türkischen Namens wird er anders behandelt. Çapraz wird gemeinsam mit seiner Frau, die auch in Deutschland studiert hat, im Februar nach Istanbul auswandern. Die Zahl der Auswanderer ist im Gegensatz zur Zahl der Einwanderer in Deutschland höher. Insbesondere Hochqualifizierte verlassen Deutschland und die „Superqualifizierten“ ziehen Deutschland erst gar nicht in Betracht. Sie wandern vielmehr in die USA oder in die Schweiz ein.

Mit Hinblick auf die Türkischstämmigen, die Deutschland verlassen, erklärt das Blatt:

„Einer TASP-Studie zufolge will jeder dritte türkischstämmige Akademiker Deutschland verlassen. Einerseits wurde über Jahren hinweg viel Geld in die Ausbildung dieser Menschen investiert und andererseits benötigt Deutschland aufgrund des Fachkräftemangels hochqualifizierte Arbeitnehmer.“

Quote für Migranten

Hürriyet, 31.01.11, S. 14

Kommentar von Ahmet Külahçı

„Wann kommt die Migrantenquote?“

„Seit einigen Tagen steht die Diskussion um die Frauenquote auf der Tagesordnung der Medien in Deutschland. Insbesondere in den Vorständen von Unternehmen, die an der Börse notiert sind, gibt es keine weiblichen Führungskräfte. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen erklärt, dass die Freiwilligkeit im Gegensatz zur Frauenquote in den Unternehmen eine Illusion ist. Gleichzeitig nannte sie erstmals eine mögliche Frauenquote von 30%. Dem Statistischen Bundesamt zufolge leben in Deutschland 82 315 000 Mio. Menschen. Davon sind 42 000 014 Mio. Frauen. Mehr als die Hälfte sind demnach Frauen.

55,7 % der Abiturienten sind weiblich. 51% der Studierenden an Universitäten sind Frauen und 44% der Studierenden an Fachhochschulen. 36% der Promovierenden in Deutschland sind Frauen. Trotz dieser Zahlen beträgt die Zahl der Frauen in Unternehmensvorständen gerade einmal 15%. In den Vorständen der an den Börsen notierten Unternehmen sind es lediglich 3,2 %.

Um es anders auszudrücken: Männer in Vorständen tun alles, um den Aufstieg von Frauen zu verhindern. Die Grünen waren die ersten, die in ihrer Partei eine Frauenquote einführten. Gegenwärtig gibt es 662 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. 204 Abgeordnete sind Frauen. Von den insgesamt 68 Abgeordneten der Grünen im Bundestag sind 37 weibliche Abgeordnete. Die Linkspartei hat insgesamt 76 Abgeordnete, wovon 40 Abgeordnete Frauen sind. Bei beiden Parteien sind mehr weibliche als männliche Abgeordnete in den Fraktionen.

In der SPD sind von 146 Parlamentariern 56 Frauen. Bei der CDU/CSU sind von insgesamt 239 Abgeordneten 48 Frauen im Bundestag und bei den Liberalen, der FDP, sitzen 23 weibliche von insgesamt 93 Abgeordneten im Bundestag.

Die erste Bundeskanzlerin in Deutschland, Angela Merkel, setzte eine nicht schriftliche Quote durch: Fünf der insgesamt 14 Minister sind Frauen. Also 30% - auf Basis der Freiwilligkeit.

Allein durch das Freiwilligenprinzip wird sich so jedoch langfristig betrachtet in Deutschland nichts ändern. Dasselbe gilt für die in Deutschland lebenden Migranten: 15 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Sowohl im öffentlichen Dienst als auch in staatlichen Institutionen besitzen nicht einmal 1% der Beschäftigten einen Migrationshintergrund.

Diese Tatsache ist nicht neu. Seit Jahren wird empfohlen, mehr Angestellte mit Migrationshintergrund für den Staatsdienst einzustellen. Es gibt Politiker, die den Status quo kritisieren und auch ihre Lösungsvorschläge formulieren. Letztendlich folgen den schönen Worten jedoch keine realen Maßnahmen. Das bedeutet folglich, dass unter dem Freiwilligenprinzip keine gesellschaftliche Veränderung stattfinden wird. Neben der Frauenquote benötigen wir deshalb auch eine „Migrantenquote.“

Gesetzesentwurf zur Verhinderung von Zwangsheiraten

Zaman, 28.01.2011, S. 4

„Kritik an Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Zwangsheiraten“

„Der von seitens der Bundesregierung in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Zwangsheiraten wurde erfolgreich verabschiedet. Im Gesetzesentwurf ist vorgesehen, dass zwangsverheiratete Frauen aus der Türkei binnen 10 Jahren wieder nach Deutschland einreisen dürfen und darüber hinaus ihre Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Dafür stimmten auch die konservativen Parteien. Der eigentliche Kritikpunkt liegt in der Erhöhung des Zeitraums für die vom Ehepartner unabhängige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Die Frist von zwei Jahren wurde auf drei Jahre erhöht.“

Die Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz (Bündnis90/Die Grünen) kritisiert die sich für die betroffenen Frauen verschärfende persönliche Situation:

„Das heißt, dass im Falle von häuslicher Gewalt die Frauen dazu gezwungen werden, die Situation auszuhalten und auszuharren, damit sie einerseits nicht ausgewiesen werden und andererseits zu ihrem Recht gelangen. Die Frauen werden in ihrer Situation allein gelassen. Eine ernsthafte Lösungsfindung wird somit vermieden. Zugleich erhält die häusliche Gewalt einen Freispruch. Meines Erachtens ist dieser Teil des Gesetzesentwurf falsch.“

Auch der Rechtsanwalt Nuh Yılmaz äußert seine Bedenken, dass die betroffenen Frauen in eine noch problematischere Lage gebracht werden: „Vor allen Dingen Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden müssen demnach nicht nur zwei Jahre warten, um eine vom Ehemann unabhängige Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Aus den zwei Jahren sollen nun drei Jahre werden. Diese Menschen möchten sowieso nicht zurückkehren. Aufgrund ihrer familiären Situation und der psychischen Belastungen befinden sie sich in einem enorm angespannten Zustand. Sie fühlen sich in ihren Problemen gefangen und nun müssen sie anstatt zwei Jahre sogar drei Jahre warten. Das ist, wie wenn sie nochmals zusätzlich bestraft würden. Ich persönlich denke jedoch, dass die Bundesregierung aufgrund dieser Neuregelung Scheinehen verhindern will. Wenn aber eine Ehe, die lediglich auf dem Papier existiert tatsächlich nachgewiesen werden kann, so wird der betroffenen Personen mit dem Zeitpunkt der Feststellung die Aufenthaltsgenehmigung entzogen. Die neue Regelung wird demnach keinen zusätzlichen Einfluss ausüben können.“

Dänemark: Imam-Ehen – Kritik aus Deutschland

Hürriyet, 01.02.11, S. 14

„Strafe für Imame wegen religiöser Eheschließung“

„Die dänische Vorsitzende der Integrationskommission Karen Jespersen fordert die Bestrafung von Imamen, die die Trauung von jungen Mädchen vornehmen: „Die Imame in unserem Land missbrauchen ihre Pflichten. Sie nehmen die Trauung von sehr jungen Paaren vor. In unserem Land

hingegen werden nicht standesamtlich vollzogene Trauungen nicht anerkannt. Die Imame machen sich wider ihres Wissen schuldig. Aus diesem Grund ist die Bestrafung notwendig.“

Sabah, 04.02.11, S. 19

„Die Forderung nach einer Bestrafung von so genannten Imamehen ist ein Zeichen von Kenntnislosigkeit.“

„Die Berliner SPD-Abgeordnete Bilkay Öney kritisiert die Forderung in Dänemark, wonach Imame, welche religiöse Trauungen vornehmen, bestraft werden sollen. Die dänische Vorsitzende Karen Jespersen der Integrationskommission möchte mit ihrer Forderung verhindern, dass vor allem sehr junge Mädchen in die Ehe gezwungen werden. Bilkay Öney kritisiert jedoch Jespersens Forderung: „Jespersen lässt in ihrer Forderung einen ganz wichtigen Punkt außer Acht. Alle Imame die von der Diyanet stammen, dürfen keine religiöse Trauung vornehmen, bevor keine standesamtliche Trauung stattgefunden hat. Für Jugendliche unter 18 Jahren bedarf es der Unterschrift und der Einwilligung der Eltern. Anstatt eine Bestrafung zu fordern sollte Jespersen eher die Menschen für dieses Phänomen sensibilisieren und aufklären.“

Holland: Wahlen

Sabah, 01.02.11, S. 18

„Geht wählen und stoppt Wilders!“

„Am 2. März finden in den Niederlanden Wahlen statt. Der Vorsitzende der PvdA, Job Cohen erklärt „Die Wahlen sind vor allem wichtig, um den Weg des Rechtsextremismus abzuschneiden.“

Job Cohen betont, dass die Zukunft der Minderheitenregierung in den Niederlanden von den kommenden Wahlen im März abhängen wird. Der Politiker hebt hervor, dass sowohl die PvdA als auch ehr gegen die Partei von Geert Wilders (PVV) sind und ruft deshalb zu den Wahlen auf, um die PVV zu stoppen: „Wir müssen an die Urnen, damit Geert Wilders Hetze und Islamfeindlichkeit endlich ein Ende finden. Wir müssen deshalb die Mehrheit im Senat erreichen, damit wir die Zukunft neu gestalten können.“

Der Vorsitzende der PvdA Job Cohen betont darüber hinaus, dass er und die PvdA mit Geert Wilders und der PVV keine Koalition eingehen wird. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es jedoch zu verfrüht, um Koalitionsaussagen mit anderen Parteien machen zu können.

Job Cohen erinnerte an die Aussage von Hero Brinkmann, Parteimitglied der PvdA und Listenkandidat in Nord-Holland, der erklärt hatte, im Senat keine Abgeordnete mit Kopftuch haben zu wollen: „Sowohl die Einheimischen in den Niederlanden als auch Ausländer sollten ihre Verschiedenartigkeiten aufheben. Jeder sollte seinen Beitrag dafür leisten, in einem besseren Holland zu leben. Vor allem sehr gut ausgebildete Frauen mit einem hohen Organisationsgrad müssen einen festen Platz in unserer Gesellschaft einnehmen. Dadurch kann unsere Gesellschaft nur gewinnen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Unterschiedlichkeit der Menschen einen großen Beitrag für die holländische Gesellschaft leistet. Natürlich sind damit auch Frauen, die Kopftücher tragen gemeint. Ich

selbst habe während meiner Amtszeit als Oberbürgermeister viele von ihnen mit unterschiedlichen Preisen ausgezeichnet. Erklärungen wie die genannte halte ich für diskriminierend.“

Bayern: Islamismus-Broschüre

Sabah, 08.02.11, S. 17

„Islamismus-Broschüre im Bundesland Bayern“

„Das bayerische Innenministerium unterstreicht in seiner Islamismus-Broschüre Demokratiefeindlichkeit des Islamismus. Auf dem cover der Broschüre ist ein brennendes Streichholz abgebildet, worunter „Demokratie in Gefahr“ zu lesen ist. In der Broschüre werden der Islamismus, der islamistische Terrorismus, Rechtsextremismus, Jugendliche und Rechtsextremismus, Linksextremismus, autonome Gruppierungen, Scientologen und organisiertes Verbrechen dargestellt. Die Broschüre weist darauf hin, dass sich die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime den Gesetzen anpasse. Lediglich eine kleine Minderheit würde mit ihrem Glauben in die Politik drängen. In der Broschüre werden die Organisationen nach dem Grad ihrer Gewaltbereitschaft eingestuft. Die Milli-Görüş-Bewegung hingegen wird als gewaltbereite Gruppierung eingestuft.“

Einbürgerungszahlen in Deutschland

Sabah, 08.02.11, S. 18

„Kritik am Staatsbürgerschaftsgesetz“

„Obwohl die Zahlen der Einbürgerungswilligen Türkeistämmigen kontinuierlich zurückgeht, erhielten zwischen den Jahren 2002 und 2009 insgesamt fast 1 Mio. Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft. Dennoch zeigen sich die konservativen Parteien beunruhigt über die fehlende Wählerpräferenz der eingebürgerten Wahlberechtigten. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU Johannes Singhammer hatte eine parlamentarische Anfrage an den Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ole Schröder geschickt, wonach 967 860 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben. 309 346 Personen stammen aus der Türkei. Singhammer erklärte daraufhin in der Welt-Online: „Die Zahl von fast einer Million eingebürgerten Menschen ist ein Beweis dafür, wie weltoffen Deutschland ist. Im Schnitt lässt sich sagen, dass jeder Antrag auf Einbürgerung bewilligt wurde.“

Singhammer beantwortete auch die Kritik der Grünen und der Linkspartei mit Hinblick auf das Thema Staatsbürgerschaft: „Die deutsche Staatsbürgerschaft ist keine multikulturelle Identität. Die eingebürgerten Menschen sollen natürlich nicht nur von ihren Rechten profitieren, sondern die damit einhergehenden Pflichten wahrnehmen. Unsere neuen Staatsbürger werden die Wahlergebnisse beeinflussen. Das muss sowohl die CDU als auch die CSU mit einkalkulieren.“

Singhammer erklärt, dass die konservativen Parteien nicht von ihren politischen Grundsätzen abweichen werden, um die Stimmen der deutschen Wahlberechtigten türkischer Herkunft zu erhalten:

„Jeder der glaubt, dass die Aufnahme der Türkei in die EU erleichtert werde oder die doppelte Staatsbürgerschaft Realität wird täuscht sich.“

Die Zahl der Einbürgerungen nimmt dennoch seit Jahren kontinuierlich ab unter dieser Gruppe. Ihren Höhepunkt erreichten die Einbürgerungen in Deutschland im Jahr 2000. Damals wurden 187 000 Menschen eingebürgert.

Die meisten Einbürgerungen fanden in Nordrhein-Westfalen statt mit 291117 Einbürgerungen. Sowohl in Hessen, als auch Bayern und Baden-Württemberg sind jeweils 100 000 Menschen eingebürgert worden. In den neuen Bundesländern jedoch ist lediglich eine Einbürgerung zwischen 2002 und 2009 von insgesamt 17 690 Menschen zu verzeichnen.“

Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir sieht in der Einbürgerungspolitik der Bundesregierung einen Grund für die rückläufigen Einbürgerungszahlen:

„Deutschland nimmt Europaweit eine Schlusslichtstellung mit Hinblick auf die Einbürgerungszahlen ein. Das Staatsbürgerschaftsgesetz muss modernisiert werden, nur so können die Zahl der Einbürgerungen erhöht werden.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht – Professor Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff

